

Anfrage

öffentlich

Datum

17.01.2007

Nummer

F0005/07

Absender

Regina Frömert**Fraktion Die Linkspartei.PDS**

Adressat

Oberbürgermeister

Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

18.01.2007

Kurztitel

Rückübertragung von Kindereinrichtungen des freien Trägers
Kolping Bildungswerk

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahr 2006 musste die Stadt erstmals an einen freien Träger übertragene

Kindereinrichtungen im Prinzip zurücknehmen und mit anderen freien Trägern

Übergabemodalitäten aushandeln. Der Stadtrat hat zu letzterem Beschlüsse gefasst.

Über die Fakten und Vorgänge beim freien Träger Kolping-Bildungswerk bis zu diesem

neuen Übergabeprozess – unpünktliche Zahlung von Gehalt an Erzieherinnen, offene

Forderungen von Ämtern der Stadt u. a. m. – ist der Stadtrat nur wenig und unzureichend

informiert worden. Manches erfuhren Stadträte aus der Presse, so u. a., dass es auch

Differenzen zwischen Stadt und Insolvenzverwaltung des Trägers zur Zahlung von

Zuschüssen, u. a. für das Gehalt der Erzieherinnen, gegeben haben soll.

Ich möchte deshalb mit meiner Anfrage erreichen, dass dem Stadtrat umfänglicher als bisher Informationen gegeben werden.

1. Welche finanziellen Mittel wurden dem freien Träger in den einzelnen Jahren zur Sicherung der Betreuung der Kinder in den diesem übertragenen Kindereinrichtungen zur Verfügung gestellt? Wie und wann erfolgte die Prüfung der Verwendung dieser Mittel? Welche Feststellungen wurden getätigt, wie wurde gegebenenfalls nachgeprüft?
2. Welche offenen Forderungen hatte und hat die Stadt gegebenenfalls noch aus der Nutzung kommunaler Gebäude an den bisherigen Träger Kolping-Bildungswerk? Bitte detailliert nach Ämtern, Fachbereichen, gegebenenfalls Eigenbetrieben bzw. städtischen Gesellschaften. Wie und wann erfolgten Mahnungen bzw. die Beitreibung der offenen Forderungen?
3. Wie wird künftig verhindert, dass Forderungen aus Ämtern und Fachbereichen der Stadt bzw. Eigenbetrieben oder städtischen Gesellschaften gegenüber Trägern über das laufende Jahr hinaus offen bleiben? Wie ist der Informationsfluss der Ämter / Fachbereiche / Betriebe in solchen Fällen gegenüber dem Jugendamt organisiert? Wie fordert das Jugendamt Informationen von beteiligten Verwaltungsbereichen / Betrieben ab?

4. Wie hat die Stadt auf den Träger eingewirkt, dass Verpflichtungen gegenüber den Sozialkassen ... eingehalten werden? Hat der Träger alle im Frühjahr 2006 bekannt gewordenen offenen Forderungen der Sozialkassen ... im Interesse früherer städtischer Beschäftigter beglichen? Wie hoch waren diese Forderungen?
5. Welche Schlussfolgerungen hat das Jugendamt, hat die Stadt gezogen, um mögliche ähnliche Vorfälle bei anderen Trägern gar nicht erst auftreten zu lassen?
6. Wie sind grundsätzlich der Informationsfluss und die Kontrollmechanismen zwischen Jugendamt und freien Trägern organisiert um sicher zu stellen, dass die von der Stadt in erheblichem Maße zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für Personal- und Sachkosten auch dem dafür vorgesehenen Zweck zugeführt werden?
7. Wie funktioniert die Prüfung der Verwendungsnachweise im Jugendamt? Welche Ergebnisse bei anderen Trägern wurden bekannt?
8. Warum wurden Versäumnisse beim Kolping-Bildungswerk erst nach Anfrage im Stadtrat im Frühjahr 2006 bekannt und nicht im Ergebnis eigener Zusammenarbeit bzw. durch Prüfungen der Verwendungsnachweise des Trägers?
9. Haben die Entscheidungen der Stadt im Herbst 2006 – Rückabwicklung des Vertrages mit dem bisherigen Träger – zu Nachteilen für die Erzieherinnen geführt (Zusage von Gehaltszahlungen durch die Stadt, Insolvenzgeld, ...)? Wenn ja, zu welchen und wären sie im Rahmen der Übergabeverträge vertretbar?
10. Welchen sachlichen Hintergrund hat die öffentlich gemachte Äußerung der Insolvenzverwaltung des bisherigen Trägers, dass die Stadt noch Zahlungen an das Kolping-Bildungswerk zu leisten habe?
11. Ist der Stadt finanzieller Schaden entstanden? Wenn ja, wie hoch (und detailliert) und worin sieht der Oberbürgermeister die Ursachen? Wie soll eine Wiederholung vermieden werden?
12. Einer Bemerkung der Beigeordneten Frau Bröcker in einem Gespräch konnte ich entnehmen, dass das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Prüfungen bei freien Trägern, möglicherweise auch beim Kolping-Bildungswerk, vorgenommen hat. Wann kann sich, Herr Oberbürgermeister, der Stadtrat und sein vorberatender Ausschuss RPB mit dem Prüfergebnis und Ihren Schlussfolgerungen beschäftigen?
13. Wann erfolgt die im Vorjahr mit einem Stadtratsbeschluss geforderte Auswertung des gesamten Übertragungsprozesses im Rahmen eines Workshops gegenüber dem Stadtrat?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Regina Frömert